

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A und B
Sonntag, den 27. August 1933
Verlagsgesellschaft Dresden
Anzahl der Exemplare: 40 000 mit gratis Beilage 40 Pf.
— für Familienangehörige und Studenten 30 Pf. —
Für Platzwerbstellen können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-N., Poststr. 17, Fern. 20711 u. 21012
Geschäftliche, Druck und Verlag: Germania-Verlagsgesellschaft
u. Verlag Th. u. G. Köhler, Poststr. 17, Fern. 21012
Postfach: Nr. 1025, Bank: Sparkasse Dresden Nr. 04707

**Unabhängige Tageszeitung
für christliche Politik u. Kultur**

Im Falle von Mitter Gewalt, Verbot, Streik oder
Betriebsstörungen bei der Verlagsgesellschaft oder deren
Angehörigen, falls die Zeitung in bestimmtem Umfang
verstopft oder nicht erscheint. — Druckvermittler: Dr. 100

Feder auf dem Genossenschaftstag

**Tödlicher Unglücksfall auf der 2. Tagesstrecke des Deutschlandfluges — Ein neuer Brief
in der Reichstagsbrandjache**

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Eine Rede Staatssekretär Feders

Berlin, 26. August.
Auf dem 69. Deutschen Genossenschaftstag hielt Staatssekretär Gottfried Feder eine groß angelegte Rede über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Wesensharn der gesamten Arbeit des Nationalsozialismus sei von Beginn an der Kampf gegen den Marxismus gewesen. Das System der Zerlegung der Unwahrscheinlichkeit sei beseitigt worden und an Stelle des liberalistischen Parlamentarismus sei der Führergedanke gesetzt worden.

Nachdem die Reichsregierung alle die zur Stabilisierung der Staatsführung erforderlichen Arbeiten durchgeführt hatte, sei sie an die große Aufgabe der Befestigung der Arbeitslosigkeit herangetreten. Staatssekretär Feder wies dann auf die verschiedenen Sozialversicherungsmaßnahmen hin, auf die grauenvollen Forderungen des Verfallers Diktators mit seinen wahninnigen Zumutungen an die deutsche Wirtschaft. Im neuen Staate müsse die Zusammenfassung aller Kräfte nach den großen Schaufgaben durchgeführt werden.

Die Diskrepanz zwischen der Kapazität der Weltindustrie und der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes

musse als einer der wichtigsten Gründe für die Weltkrise angesehen werden. Verantwortlich dafür sei die liberalistische Auffassung des „laissez faire, laissez passer“.

Bei der Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit ergäben sich drei große Angriffslinien: Die psychologisch-politische, die wirtschaftlich-technische und die finanzpolitische Linie. Es sei ein Wahnsinn, nach Deutschland Güter einzuführen, die hier selbst erzeugt würden, Deutschland müsse dazu erzogen werden, deutsche Ware zu bevorzugen.

Der Reichszentralrat besucht die Junkausstellung

Verlängerung der Junkausstellung um zwei Tage.

Berlin, 26. August.
Sonabend vormittag besichtigte Reichszentralrat Adolf Hitler in Begleitung von Reichsminister Dr. Goebbels die Junkausstellung.

Mit Rücksicht auf das große Interesse an der Ausstellung wird diese bis Dienstag, den 29. August, also um zwei Tage, verlängert, und zwar sollen beide Tage als Volkstage zu halben Eintrittspreisen gelten.

Katholische Mitarbeit

Von L. R.

In tausend Reden, Kundgebungen und Zeitungsartikeln ist in diesen Monaten der Wille des deutschen Katholizismus zur Mitarbeit im neuen Staate zum ethischen Ausdruck gekommen. Es könnte Gefahr drohen, daß viele im eigenen Lager oder auch außerhalb unserer Reihen darin nicht viel mehr als eine schöne Redensart sehen, bei der man sich viel oder auch wenig denken kann. Es ist nun einmal so, daß oft gebrauchte Formulierungen mit der Zeit abtumpfen und inhaltlos werden. Es liegt aber im höchsten Interesse von Kirche und Staat, daß alle Beteiligten sich bei dem Worte „Mitarbeit“ etwas Bestimmtes denken und konkret sehen, wie sie sich praktisch äußern kann und soll.

Es soll hier nicht die Rede sein von den amtlichen Formen der Zusammenarbeit der kirchlichen und staatlichen Stellen, die vielfach und fruchtbar möglich ist, tatsächlich sich schon in vielen Gebieten bewährt hat, aber in ihren Grundlagen den Entschlüssen der berufenen Amtsstellen unterliegt. Wie ist dem einzelnen Katholiken als schlichtem Staatsbürger eine bewusste Mitarbeit möglich? Wir sprachen vor acht Tagen an gleicher Stelle davon, daß wir alles Gute, wo und von wem immer es geschieht oder in die Wege geleitet wird, mit aller Kraft unterstützen wollen, um alles Schlechte und Minderwertige abzuwehren zu helfen, was immer wieder als Folge der Erbünde aus dunklen Tiefen sich hervorbringt. Von diesem Gedanken ausgehend, stehen dem treuen Katholiken viele Wege offen, tatsächlich am Wohlergehen der Volksgemeinschaft tatkräftig mitzuwirken. Mehr, als es der Einzelne im einzelnen mag, ist für das Gesamtwohl die persönliche religiös-sittliche Haltung der Staatsbürger entscheidend! Der Katholik, der, getreu seinem hl. Glauben, ein sittenreines Jugendleben führt, der beim Abbruch und in der ganzen Haltung seiner Ehe die ewigen Naturgesetze und Gottesgebote gewissenhaft beobachtet, also eheliche Treue, Beachtung des Kindererbes usw. in starker Opferkraft übt, der im Berufsleben um die aus dem 7. Gebot sich ergebenden Folgerungen weiß und ehelich, nicht bloß in Rücksicht auf das Strafgesetz und Volkshaltung, sondern auch vor seinem Gewissen ist, der Katholik, der die Ehre seines Mitmenschen achtet und in wacher Nächstenliebe in Jedem, auch im verirrtesten, den vielleicht verborgenen Gottesfunken sucht und sieht, der fremder Not auch unter eigenem Verzicht auf manche Annehmlichkeiten des Lebens abzuwehren sucht, dieser Katholik übt praktische Mitarbeit, vielleicht ohne daß er sich dessen positiv bewußt sein mag. Der Katholik, der täglich sein Gebet, nicht bloß für die persönlichen großen und kleinen Sorgen, sondern auch für die Volksgemeinschaft, für Volk und Staatsführung, vor Gott trägt, der im regelmäßigen Sonntagsgottesdienst in der Gemeindefeier des hl. Messopfers das brüderliche Verbundensein mit den anderen erlebt und in der eucharistischen Tischgemeinschaft der hl. Kommunion, ohne Rücksicht auf Stand und Würde und Alter, die „communio“ d. h. die Vereinigung mit Gott und allen Brüdern und Schwestern in Christo wahr macht, hilft wirklich mit am Aufbau des Reiches, das doch ein Reich der Einheit und inneren Verbundenheit sein soll. Darum ist die Pflege einer lebendigen Religiosität, einer praktischen „actio catholica“ im heiligsten Bereich, erste Voraussetzung jeder katholischen Mitarbeit im neuen Reich. Hier

Russischer Erzbischof tritt zur kath. Kirche über

New York, 26. August 1933.

In New York ist der russisch-orthodoxe Erzbischof Vladimir Alexandrow von Mgr. Bucys, dem Bischof aller russischen katholischen Pfarreien des östlichen Russlands in Europa, in die katholische Kirche aufgenommen worden.

Unmittelbar nach diesem Uebertritt, feierte Mgr. Bucys das hl. Messopfer nach slavischen Ritus gemeinsam mit Erzbischof Alexandrow. Mgr. Bucys war im Auftrag der päpstlichen Kommission Pro Russia nach Amerika gereist, um mit verschiedenen orthodoxen Betscharen über die Frage der Aufnahme in die katholische Kirche zu beraten.

Vor einem Verbot der „Nationalsozialistischen Partei“ in Dänemark?

Kopenhagen, 26. August.

Wie die Blätter melden, sei von sozialdemokratischer Seite ein Verbot der Nationalsozialistischen Partei Dänemarks angeregt worden. Das Verbot sei bereits Gegenstand von Regierungsbefragungen gewesen. Die Kommunistische Partei solle ebenfalls verboten werden.

Die Ausdehnung der Einziehung der Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige

Berlin, 26. August.

Da die Anerkennung der Staatsangehörigkeit, so wird vom Reichsministerium des Innern betont, durch ein subjektives Verhalten des Einzelnen begründet wird, erschiebe es angebracht, daß über die Ausdehnung des Staatsangehörigkeitsverlustes auf Familienangehörige von Fall zu Fall entschieden wird. Bei Erlaß der Abberufungsbescheinigung waren für jeden einzelnen Fall die für die Entscheidung auf Familienangehörige maßgebenden Gesichtspunkte noch nicht genügend geklärt.

Aus diesem Grunde mußte in der Bekanntmachung die Entscheidung über diesen Punkt vorbehalten bleiben.

Der Reichspräsident zur Saar-Kundgebung

Berlin, 26. August.

Der Herr Reichspräsident hat zur Begrüßung der Saar-Kundgebung des Bundes der Saarvereine am Niederrhein ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Zu Füßen der über den deutschen Rhein die Schutzhand haltenden Germania wird das Gelübnis unauslöschlicher Verbundenheit des deutschen Saargebiets mit Gesamtdeutschland erneuert. Möge der Treuschwur machtvoll erklingen und Zeugnis ablegen von dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes zu Treue, Einheit und Ehre.

(Vergleiche auch die Meldungen auf Seite 2.)

Verlängerung der Anzeigfrist nach dem Volksverratsgesetz

Berlin, 26. August. Die Frist, innerhalb welcher die nach dem Volksverratsgesetz zu erstattenden Anzeigen bei einer Anzeigefrist eingegangen sein müssen, ist durch Verordnung vom 26. August 1933 bis zum Ablauf des 31. Oktober 1933 verlängert worden.

Die Eingliederung der höheren Beamten in die Beamtenschaft

Berlin, 26. August.

Der Reichskommissar für Beamtenorganisationen hat, wie das BZJ-Büro meldet, den Reichsbund der höheren Beamten in einem Schreiben erwidert, den ihm angeschlossenen Verbänden der höheren Beamten mitzuteilen, daß Aufstellungen der Verbände oder Austrittserklärungen der Verbände oder der ihnen angeschlossenen Mitglieder bis zum Abschluß der zwischen ihm und dem Reichsbund schwebenden Eingliederungsverhandlungen zu unterbleiben haben.